

## Khmer Rouge durch Aussteiger geschwächt

Im Rahmen eines Amnestieprogramms der Regierung in Phnom Penh sollen bis Mitte Januar mehrere tausend Khmer Rouge (KR) die Reihen ihrer Organisation verlassen haben. Nach verschiedenen Angaben wird ihre Zahl mit bis zu 7.000 angegeben; 2.500 davon sollen inzwischen Dienst in der Regierungsarmee leisten. Ausländische Beobachter betonen, daß die Angaben nicht verifiziert werden könnten. Die Stärke der KR wird jetzt auf 5 bis 10.000 be-

waffnete Kämpfer geschätzt. Im Rahmen ihrer Kampagne hat die Regierung den KR im Falle ihres Ausstiegs neben der Straffreiheit versprochen, daß sie ihre Dienstränge bei einem Wechsel zur Regierungsarmee behalten könnten. Wegen des im letzten Sommer verhängten Verbots der KR drohen anderenfalls hohe Strafen bei Gefangennahme. Neben Flugblättern, die aus der Luft über Gebieten der KR abgeworfen wurden, hat die Regierung vor allem frühere

KR-Aussteiger dazu eingesetzt, ihre ehemaligen Kameraden auch persönlich zum Überlaufen zu bewegen.

Nach Einschätzung des australischen Botschafters in Phnom Penh sollen sich unter den KR-Aussteigern nur 25-50 % Soldaten befinden. Wie bekannt wurde, kommen die KR-Aussteiger nicht aus den Kerngebieten der KR, sondern überwiegend aus Einheiten mit wenig Kontakt zu ihrer Führung. Einige von ihnen haben sich inzwischen bereits wieder in den Dschungel abgesetzt.

vgl.: FEER 19.1.95

## Sihanouk für eigene Zeitung der Khmer Rouge

König Sihanouk hat Ende Januar den KR-Präsidenten Khieu Samphan in einer Rede dazu aufgefordert, eine eigene politische Partei zur Beteiligung an den nächsten Wahlen im Jahr 1998 zu gründen. Die KR sollten die Waffen niederlegen und sich der Gesellschaft wiederanschließen, um ihre Ziele mit politischen Mitteln zu verfolgen. Dazu sollten sie ihre eigene Zeitung gründen. Seine Versuche, eine Beteiligung der KR an der gegenwärtigen Regierung zu erreichen, habe er nicht durchsetzen können, da auch der König die Verfassung nicht verletzen könne. In diesem Zusammenhang erneuerte der BLDP-Präsident Son Sann, ehemaliger Ministerpräsident der Widerstandsregierung, seine Forderung nach ausreichender Macht für den König, um die nationale Aussöhnung auch mit den KR zu verwirklichen.

vgl.: PPP 27.1.95

wartet, da einige Länder - vor allem die USA - ihr Gewicht hinter das Phnom-Penh-Regime stellen dürften. Westliche Diplomaten glauben, daß die Fortsetzung des bisherigen Kurses selbstmörderisch für die eigenen ökonomischen Interessen sei. Kambodschas Ressourcen seien in den Händen von Beamten ohne nationale Interessen und würden ausverkauft; das Land sei auf dem Weg zu einer Kolonie asiatischer Länder.

vgl.: FEER 16.2.95; PPP 10.2.95

## Kurzmeldungen

Anfang Februar sind **300 von 1000 Regierungssoldaten desertiert**, die in der Provinz Battambang die KR bekämpfen sollten. Sie beklagten sich über das Ausbleiben von Sold und Nahrung (PPP 10.2.).

Die **Regierungsarmee soll von 130.000 auf 60.000 Soldaten reduziert** werden und die Zahl der Generäle von 1.800 auf 91. Die Regierung klagt über "Geistersoldaten", deren Sold bisher von Offizieren eingestrichen werde (AW 30.11.94).

Ein als Abenteurer beschriebener **deutscher Tourist** soll sich in den **Händen der KR** befinden, nachdem er ohne Genehmigung mit einem Motorrad in ihr Gebiet gefahren ist. Er soll mit einer Schußverletzung in der Schulter in einem Lazarett der KR zur Behandlung sein. Dem Auswärtigen Amt waren Ende Dezember weder Hinweise noch Forderungen der KR bekannt (SZ 27.12., 30.12.94).

Die **EU will 80 Mio \$ zur Verfügung stellen**, um u.a. Straßenbau, Erziehung, Landwirtschaft und Menschenrechte in Kambodscha zu fördern. Zum Botschafter der EU wurde Gwynn Morgan ernannt (PPP 27.1.95).

**Polen liefert Waffen an Phnom Penh.** 40 Panzer sollen inzwischen in Kambodscha eingetroffen sein. Auch die **USA** erwägen Waffenlieferungen zum Kampf gegen die KR. Australien beschränkt sich zur Zeit noch auf die Durchführung eines militärischen Trainingsprogramms. (SZ 15.2.95)

Gerüchten zufolge ist die **Neugründung einer Partei durch Sam Rainsy und Prinz Sirivudh geplant.** Die entlassenen bzw. zurückgetretenen Minister sollen vor allem mehr Macht für den König anstreben. Obwohl Rainsy die Gerüchte dementierte, wurde FUNCINPEC-Abgeordneten jede Versammlung von mehr als sechs Personen untersagt (PPP 27.1.95).



Noch nicht ausgestiegen: KR-Soldat in seinem Lager

aus: FEER v. 9.2.95, S. 16

## Internationale Hilfe nur noch unter Bedingungen?

Internationale Hilfe für Kambodscha wird künftig eventuell nur noch unter der Bedingung geleistet werden, daß Phnom Penh deutliche Schritte zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Demokratisierung macht. Die Unzufriedenheit vieler ausländischer Geldgeber mit der derzeitigen Situation wird voraussichtlich die im März stattfindende Jahrestagung des Internationalen Komitees für den Wiederaufbau und die Wiederherstellung Kambodschas (ICORC) in Paris bestimmen. Großbritannien hat bereits Anfang Februar beschlossen, mehrere Millionen Dollar an Hilfsleistungen einzufrieren, da die Situation in Kambodschas Provinzen zu unsicher sei.

Die Regierung in Phnom Penh hatte 1994 Hilfszusagen von insgesamt 900 Mio \$ erhalten. Internationale Gelder machen 44 % des 410 Mio \$ umfassenden Haushalts für 1995 aus.

In den Reihen der internationalen Geldgeber wird dem Regime in Phnom Penh vorgeworfen, einen Rechtsstaat nur zu simulieren, um weitere Hilfe zu erhalten, während tatsächlich ein Niedergang der politischen Situation zu verzeichnen sei. Dies zeige sich z. B. in der Einschüchterung von Abgeordneten und der Beschneidung der Pressefreiheit.

Eine Kürzung der diesjährigen Hilfsleistungen durch die ICORC-Tagung wird nicht er-

## Khmer Rouge erwarten Offensive der Regierungsarmee

Die Armee Phnom Penhs bereitet trotz gegenteiliger Erklärungen eine Offensive vor, um zumindest die Gebiete um den Preah-Vihear-Tempel von den KR zurückzuerobern. Seit Anfang Januar werden nach Angaben eines Armeekommandeurs bis zu 3.000 Soldaten zumeist per Hubschrauber in die wenigen von Phnom Penh in dieser Provinz kontrollierten Orte gebracht. Der Tempel selbst befindet sich im äußersten Norden und ist nur von Thailand aus zugänglich. Die Regierung möchte offenbar auch prüfen, ob die Thai-Regierung ihre Erklärungen einhält, den KR das Betreten ihres Territoriums nicht mehr zu gestatten.

Die KR haben sich auch im Westen auf einen Angriff der Regierungsarmee vorbereitet, indem sie unter anderem die Zivilbevölkerung aus Pailin evakuierten. Gleichzeitig wurden vermehrt von der Regierung kontrollierte Dörfer angegriffen, wobei sich die Guerillas zeitweilig bis auf 5 km Battambang, der zweitgrößten Stadt Kambodschas, näherten.

Einige Beobachter sehen bei den KR den Übergang von einer politischen zu einer militärischen Strategie, die bereits mehrere zehntausend Kambodschaner zum Verlassen ihrer Dörfer veranlaßt habe. Nach dem Scheitern einer politischen Lösung und dem Verbot der KR Mitte letzten Jahres hätten militärische Führer wie Ta Mok an Einfluß gewonnen.

vgl.: FEER 9.2., 19.1.95; PPP 27.1., 10.2.95, 18.11.94

- Anzeige -



Soldaten der kambodschanischen Luftwaffe auf Patrouille

aus: PPP v. 11.8.1994

## Weitere Einschränkung der Pressefreiheit

Kambodschas Presse wird künftig wachsendem Druck ausgesetzt sein, wenn eine vom Ministerrat im November befürwortete Vorlage Gesetzeskraft erhält. Nachdem in den vergangenen Monaten bereits Zeitungen geschlossen und kritische Journalisten ermordet wurden, sieht die Vereinigung der Khmer-Journalisten durch das neue Gesetz eine Welle politischer Gefangener auf das Land zukommen.

Nach der Vorlage werden kritische Journalisten mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 10 Mio Riel (ca. 4.000 \$) bedroht. Die Delikte sind mehrdeutig beschrieben und umfassen Verleumdung, Verhetzung, Gefährdung der nationalen Si-

cherheit und Demütigung nationaler Organe. Kritiker weisen darauf hin, daß die Strafen drastischer als in dem unter dem Hun-Sen-Regime geltenden Recht seien. Unter diesen Bedingungen könne beinahe jeder kritische Bericht über die Regierung verfolgt werden.

Nachdem sich auch König Sihanouk der massiven Kritik angeschlossen hatte, stellte das Informationsministerium im Januar eine Änderung der Gesetzesvorlage in



Nguon Nonn, Chefredakteur der Morning News, verhaftet wegen eines Berichts über den mißlungenen Putsch im Sommer 1994, nach seiner Freilassung

aus: AW v. 6.1.1995, S. 22

Aussicht. Danach sollen Zeitungen nicht mehr vom Verbot bedroht werden, sondern ausschließlich von Geldstrafen. Ungeachtet dessen verfügte das Ministerium zunächst die Schließung der Zeitung "Stimme der Khmer-Jugend" wegen eines kritischen Artikels über Prinz Ranariddh. Inzwischen will das Ministerium jedoch die Schließung aufheben und den Chefredakteur auf 3 Mio. Riel Geldstrafe verklagen. Dieser erklärte angesichts der Höhe der Summe, daß er eine Gefängnisstrafe vorziehe.

vgl. PPP 27.1., 10.2.95, 18.11.94

## RADIO VON UNTEN

Das alternative Medienmagazin

jeden Monat neu

Probeheft (für DM 3,-  
in Briefmarken) beim

Verlag Rainer Pinkau

Weender Str. 30, 37073 Göttingen

